

30 WIRTSCHAFT

Die Mär vom abgehängten Arbeitnehmer

An der Globalisierung verdienen nicht nur Firmen

Arbeitnehmer sind die Verlierer der Globalisierung und Digitalisierung. Diese simple These teilen nicht nur Populisten und Antikapitalisten seit Jahren, sondern auch einige ernst zu nehmende Ökonomen. Sie stützen sich dabei auf die Entwicklung der Lohnquote in mehreren Ländern, also des Anteils der Wirtschaftsleistung, den Arbeitneh-

VON DANIEL ZWICK

mer erhalten. In einer Reihe von Staaten ist dieser Wert in den vergangenen Jahren gesunken, während die Eigentümer von Firmen einen wachsenden Teil des Wohlstands erhielten. Eines der Erklärungsmuster dafür ist die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Schwellenländer wie China. Die Gewinne der Unternehmen steigen dadurch kräftig, der Wohlstand kommt aber nicht mehr beim Arbeiter im Westen an. Dasselbe Argument greift auch westliche Robotik- und zunehmend Tätigkeiten übernehmen und Menschen dadurch überflüssig machen. Haben wir es also mit einer neuen WirtschaftsWelt zu tun, in der Arbeit dem Kapital unterlegen ist?

Nein, argumentieren die Ökonomen Gilbert Certe, Lorraine Koehl und Thomas Philippon. In einer gerade veröffentlichten Untersuchung korrigieren sie die Datenreihen um drei mögliche Störfaktoren – und kommen für zwölf Länder, darunter die USA, Frankreich und Deutschland zu einem eindeutigen Ergebnis: „Wir finden keinen allgemeinen Rückgang der Lohnquote in unserer Stichprobe von hoch entwickelten Volkswirtschaften.“ Den teilweise geringeren Wohlstandsanteilen für Arbeitnehmer lägen demnach also nur vorübergehende Phänomene zugrunde – und kein dauerhafter Wandel des Wirtschaftssystems, wie es andere Ökonomen vermuten. Die drei Wissenschaftler haben aus den Daten dazu zu kurzfristige, zyklische Einflüsse herausgerechnet. Außerdem ist ein Faktor die Lohnquote um den Anteil selbstständiger Beschäftigter an der Wirtschaftsleistung korrigiert, vor allem weil deren Einkommen statistisch nicht sauber erfasst werden. Noch einen weiteren Störfaktor haben sie in ihrem Modell ausgeklammert: den Immobilienmarkt. Nicht zuletzt in den USA gab es dort in den vergangenen Jahren einen Boom. Die Kapitaleinkommen sind dadurch gesunken, ohne dass Unternehmen produktiver geworden wären. „Wenn wir versuchen, den Einfluss von Technologie, Handel oder Marktmacht zu verstehen, sollten wir Kapitaleinkommen aus Wohnimmobilien aus unseren Berechnungen entfernen“, begründet die Wissenschaftler.

Insgesamt konnten sie unter diesen Bedingungen keinen strukturellen Rückgang der Lohnquoten feststellen, auch nicht in der Euro-Zone. In Frankreich, wo viele in eigenen Immobilien wohnen, ist die Quote im langfristigen Trend sogar leicht gestiegen. Wieso der Arbeitnehmeranteil an der Wirtschaftsleistung in den USA zuletzt so stark gesunken ist, können Certe, Koehl und Philippon aber nicht erklären. „Das Verhalten der US-Lohnquote nach 2000 stellt ein Rätsel dar“, geben sie zu.

Eine Erklärung für einen vorübergehenden Einbruch liefern die Ökonomen Daron Acemoglu und Pascal Restrepo. Sie argumentieren, dass die Automatisierung in Unternehmen Arbeit verdrängt, der technologische Fortschritt insgesamt aber neue Jobs schafft. So war es immer an technologischen Wendepunkten, etwa in der Industrialisierung. Derzeit herrscht nach diesem Denkmuster in den USA ein Ungleichgewicht zu Ungunsten der Arbeit. Auch die Schwäche der US-Gewerkschaften wird oft als Grund für die Wohlstandsverschiebung genannt.

Hierzulande besteht dieses Problem offensichtlich nicht. Ohnehin hätten sich die Ökonomen die Untersuchung für das Land sparen können. Denn hier Arbeit und Kapital in die Balance beibehalten, sieht man der entsprechenden Kurve schon ohne Berechnung an: Dank des boomenden Arbeitsmarkts und kräftiger Tarifserhöhungen ist die Lohnquote zuletzt gestiegen. Auf ein 15-Jahres-Hoch.

GEMISCHTWAREN

KOPF DER WOCHEN

Die Kampfansage heißt „Harmonie“ – was für ein Widerspruch. Unter dem Namen „Harmony OS“ stellte der chinesische Smartphone-Hersteller Huawei am Freitag sein eigenes Betriebssystem vor, das auch mit Computern, Tablets, Uhren oder Autos funktionieren soll. Die Software ist ein Angriff auf die Dominanz des Google-Systems Android und auf US-Präsident Donald Trump, der versucht, Huawei mit Sanktionen vom Markt zu verdrängen. „Wir wollen ein globales Betriebssystem etablieren, das nicht nur von Huawei genutzt wird“, erklärte **Richard Yu**, der verantwortliche Manager hinter dem Projekt.



Richard Yu. Foto: Getty Images/Anadolu Agency

Vorerst sei die Priorität, weiterhin Google-Android zu nutzen. „Aber wenn wir in der Zukunft keinen Zugang mehr dazu haben sollten, können wir sofort auf Harmony OS umsteigen.“ Der Wechsel sei „sogar sehr einfach“, erklärte Yu. Der Huawei-Mann ist in der Tech-Welt kein unbekanntes Gesicht. Er habe „den härtesten Job der Branche“, schrieb die „South Chi-

na Morning Post“ im Juni dieses Jahres. „Big Mouth Yu“ wird er in China genannt und fällt gerne mit markigen Sprüchen auf – auch bei seinem Auftritt in dieser Woche. Das Betriebssystem sei ein Neuanfang, repräsentiere die nächste Generation von Systemen „für alle Szenarien“, schwärmte Yu. Der Grund: Die Software nimmt auf einem Gerät nur wenig Speicherplatz ein, ein großer Teil der Arbeit wird an Rechenzentren abgegeben.

Nimmt der Markt das Betriebssystem aus China an, wäre das nicht nur ein Punkterfolg für Yu. Huawei war von Trump Mitte Mai unter Hinweis auf Sicherheitsbedenken auf eine schwarze Liste gesetzt worden. Damit wurde dem Unternehmen der Zugang zu Technologie von US-Konzernen und dem amerikanischen Markt weitgehend versperrt. Die Aussicht, dass Huawei-Smartphones keine Android-Updates mehr bekommen, ließ zeitweise auch die Verkäufe in Europa einbrechen – inzwischen hat sich der Absatz nach Angaben des Konzerns erholt.

SPIELZEUG

Die **Fossil-Smartwatches** gibt es bereits in der fünften Generation. Im Inneren arbeiten der neueste Snapdragon-Prozessor von Qualcomm und Googles Betriebssystem Android Wear. Die Uhr ist wasserdicht und eignet sich dadurch auch zum Schwimmen. Trotzdem hat sie einen Lautsprecher, über den der Sprachassistent von Google antwortet. Ist die Uhr per Bluetooth mit dem Smartphone verbunden, kann über sie auch telefoniert werden. Für das Gesamtpaket verlangt der Hersteller 299 Euro.



Die fünfte Fossil-Generation

CHEF-DEUTSCH

WIR STEHEN JETZT AM NULLPUNKT

DANIEL KRETINSKY, tschechischer Investor

Monatlang hatte der tschechische Milliardär **Daniel Kretinsky** versucht, den Düsseldorf Metro-Konzern zu übernehmen, zuletzt mit einem öffentlichen Kaufangebot. Das hat nicht geklappt. Trotzdem bleibt Kretinsky, zu dessen Industrie-Gruppe EPH der deutsche Braunkohleförderer Mibrag gehört, zweitgrößter Einzelaktionär des Handelskonzerns. Als solcher macht er Metro-Chef Olaf Koch nun Druck, den Wert der Aktie zu steigern.

WOCHENBILANZ

- Montag:** Der Sommer 2018 hat den deutschen Winzern zu einer außergewöhnlichen Ernte verholfen. Insgesamt produzierten sie 1,03 Milliarden Liter.
- Dienstag:** Bosch-Chef Volkmar Denner hat bekräftigt, dass die sinkende Nachfrage nach Dieselfahrzeugen zu einem Stellenabbau führen wird. Beim Zulieferer hängen weltweit etwa 50.000 der 410.000 Arbeitsplätze vom Diesel ab.
- Mittwoch:** Onlinehändler Otto und Shoppingcenter-Betreiber ECE wollen stationäre Einzelhändler mit der Handelsplattform otto.de in einem gemeinsamen Joint Venture vernetzen.
- Donnerstag:** Die Deutsche Telekom wächst auch dank Zukäufen und günstigerer Wechselkurse kräftig. Der Umsatz kletterte im zweiten Quartal um 7,1 Prozent auf 19,7 Milliarden Euro.
- Freitag:** Der Ingolstädter Autohersteller Audi meldet für Juli erneut gesunkene Verkaufszahlen. Rund um den Globus wurden 155.350 Autos verkauft.

Die deutsche Wirtschaft hat akute Nachwuchssorgen. Jahr für Jahr wird die Ausbildungslücke größer. Fast 58.000 Lehrstellen blieben 2018 unbesetzt, und für dieses Jahr sieht es nicht besser aus. Die duale Berufsausbildung leidet strukturell unter rückläufigen Schülerzahlen und einem stetigen Trend zum Studium.

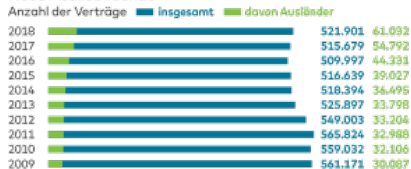
VON DOROTHEA SIEMIS

Die Unternehmen richten deshalb immer stärker ihr Augenmerk auf ausländische Kandidaten. Und tatsächlich sind die kontinuierlich steigenden Zahlen ausländischer Azubis ein Lichtblick: Ihr Anteil an den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen hat sich binnen eines Jahrzehnts auf 11,5 Prozent verdoppelt. Das Potenzial ist damit aber bei Weitem nicht ausgeschöpft, bedenkt man, dass der Anteil der Ausländer an der hiesigen Bevölkerung inzwischen deutlich höher ist. Und auch die Anwendung von Azubis direkt im Ausland ist eine Option, die von der großen Koalition mit dem vor der Sommerpause verabschiedeten Fachkräftewandergesetz jetzt noch erleichtert wird. „Viele Unternehmen suchen händeringend Fachkräftenachwuchs – und denken dabei auch an Azubis aus dem Ausland“, sagt der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Achim Drechs. Wie groß das Interesse der Wirtschaft an den jungen Migranten ist, zeigen die Ergebnisse der diesjährigen DIHK-Ausbildungsstudie, die der Spitzenverband am kommenden Donnerstag veröffentlicht und die **WELT AM SONNTAG** vorliegen. Rund 40 Prozent der Ausbildungsbetriebe haben danach bereits Azubis aus anderen Ländern ausgebildet. Bei elf Prozent der Betriebe handelte es sich dabei ausschließlich um EU-Migranten. Bei 15 Prozent der Unternehmen waren die Herkunftsländer nur Drittstaaten

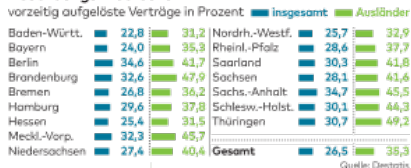
Die Sprache der Azubis

Ausländer könnten die Ausbildungslücke der deutschen Unternehmen füllen. Doch dazu brauchen die Bewerber „fortgeschrittene Deutschkenntnisse“

Neue Auszubildende



Ausbildungs-Abbrecher



Quelle: DIHK

Mietpreisbremse sät Streit zwischen Mietern und Eigentümern

Vor gut vier Jahren trat bundesweit das Gesetz über die Mietpreisbremse in Kraft. Und seit fast genauso langer Zeit herrschen Unsicherheit und Ärger, vor allem bei Mietern. Immer neue Rechtsstreitigkeiten zeigen, dass der Gesetzgeber den Bürgern offenbar eine kaum funktionierende Regulierung zur Verfügung gestellt hat. Ein aktueller Fall und typisches Beispiel: der Streit einer Berliner Mieterin mit dem Wohnungskonzern Vonovia.

VON MICHAEL FABRICIUS

Die Mieterin hatte im September 2016 einen Mietvertrag mit der Buwog abgeschlossen, die später von Vonovia übernommen wurde. Zu diesem Zeitpunkt galt in Berlin bereits die Mietpreisbremse, wonach die Nettokaltmiete eines neu abgeschlossenen Vertrags nicht mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf. Diese Grenze wurde hier offenbar überschritten. Erst zwei Jahre später schickte die Mieterin die vom Gesetz vorgesehene Rüge an Vonovia.

Eine Berliner Mieterin verlangt mehrere Tausend Euro Miete vom Vonovia-Konzern zurück. Der weigert sich und verweist auf offene Verfahren. Ein typischer Fall eines verkorksten Gesetzes

Das Schreiben blieb ohne Reaktion – jedenfalls seitens Vonovia. Stattdessen meldete sich ein Anwaltsbüro und machte ein Vergleichsangebot. Denn ob die Mietpreisbremse hier überhaupt anwendbar ist, sei „völlig offen“, schließlich gebe es eine Verfassungsklage gegen das Gesetz. Das wollte die Mieterin nicht akzeptieren und wandte sich an LexFox (vormals Mietright), ein sogenanntes Legal-Tech-Start-up, das ähnlich wie ein Inkassounternehmen funktioniert und Rechtsansprüche nach automatisierten Verfahren durchsetzt. Auch Flugastrecheportale arbeiten nach diesem Prinzip. Die Berliner Firma betreibt das Onlineportal **wenigermiete.de** und kam zu dem Ergebnis: Die Mieterin zahlt nach den Regeln der Mietpreisbremse 348,67 Euro zu viel Miete, Monat für Monat. Pro Jahr immerhin 4824,04 Euro.

LexFox habe bisher fast jedes Mietpreisbremsenverfahren gewonnen, sagt Daniel Halmer, Anwalt und Geschäftsführer des Unternehmens. Anfang Mai schickte LexFox eine zweite Rüge, und erst nach einer Mahnung meldete sich der Vonovia-Kundenservice per Brief zurück. Darin heißt es: „Die vorliegende Vertretungsvollmacht zu Ihrem Einspruch zur Miethöhe wird nicht anerkannt.“ Vereinfacht gesagt: Vonovia akzeptiert die Rüge von wenigermiete.de nicht. Begründet wird das mit einem Mietpreisbremsen-Urteil eines Berliner Amtsgerichts vom Februar dieses Jahres. Demzufolge sind die Richter der Ansicht, dass LexFox gar keine Mieterinteressen vertreten darf. „Man versucht hier offenbar, juristische Laien unter Nennung eines einzelnen Amtsgerichtsurteils, das nicht einmal rechtskräftig ist, zu beeindrucken“, sagt LexFox-Chef Halmer. Dem regelmäßig habe das Berliner Landgericht entsprechende Urteile wieder aufgehoben, und das dürfte auch beim Februar-Urteil wieder der Fall sein, meint er. „Es gibt bisher auch kein einziges gültiges Gerichts Urteil, das die Rechtmäßigkeit einer von uns erteilten Rüge aberkannt hat.“ Ihm sei mindestens ein weiteres Schreiben dieser Art von Vonovia bekannt. „Wir glauben daran, dass das ein System haben könnte.“ Es geht darum,

Mieter zu verunsichern und in die Irre zu führen. Vonovia widerspricht und teilt auf Anfrage zu diesem Fall mit: „Die Zulässigkeit der Rüge durch Mietright ist unstritten.“ Das Landgericht Berlin habe hier unterschiedlich geurteilt. Außerdem halte sich Vonovia an die Regeln der Mietpreisbremse. Halmer sieht das anders. „Die Klage ist vorbereitet und wird demnächst eingereicht.“ Er findet, die Mietpreisbremse habe „juristische Konstruktionsfehler, die zu Folge haben, dass Vermieter zunächst geneigt sind, sich nicht daran zu halten“. Die Folge: Mieter müssen ihre Rechte vor Gericht durchsetzen. Die neue Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) will dafür sorgen, dass Vermieter ein größeres Interesse daran haben, sich an die Mietpreisbremse zu halten. Künftig sollen sie zu viel gezahlte Miete bereits ab Vertragsbeginn zurückzahlen müssen. Doch ein Ministertreffen in dieser Woche, in dem auch ein entsprechendes Gesetz auf der Agenda stand, verlief ergebnislos. Die Mietpreisbremse bleibt ein Streitfall auch in der Koalition.